

Haushaltsrede 2014

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren im barrierefreien Raum!

Im Namen der ÖDP-Fraktion bedanke ich mich bei all denen, die den Haushalt für 2015 in verantwortungsvoller Weise zusammengestellt haben. Namentlich gebührt Ihnen, Herr Schwarzbeck als Kämmerer und Ihnen, Herr Zobel sowie Ihren Mitarbeitern ein großes Lob.

Hinsichtlich des Haushaltes 2015 möchte ich folgende Vorbemerkung machen:

Im Gegensatz zu den anderen Fraktionen des Stadtrats haben wir ÖDP-Stadträte keine Änderungsanträge bei den Haushaltsberatungen eingereicht. Nicht aus Faulheit, sondern aus gutem Grund.

Wir hatten uns eingehend und gewissenhaft mit dem Haushaltsentwurf der Verwaltung befasst und waren uns im Klaren, dass bei den immensen Kosten für das Klinikum und den stark gesunkenen Steuereinnahmen der Kämmerer und die Verwaltung für unsere prekäre Finanzlage einen sehr seriösen und verantwortungsvollen Entwurf vorgelegt hatten. Wir waren und sind uns bewusst, dass neben den notwendigen Ausgaben keine weiteren Geschenke zu verteilen sind. Andererseits verwarfen wir die Überlegung, die Gewerbesteuer zu erhöhen und damit die bestehenden und ansiedlungswilligen Unternehmen vor den Kopf zu stoßen. Bei der derzeitigen Lage am Kapitalmarkt mit extrem niedrigen Zinsen erschien uns eine geringe Darlehensaufnahme effektiver. Steuererhöhungen für Bürger und Unternehmen dürfen nur als letztes Mittel eingesetzt werden. So sind wir froh, dass die Steuererhöhungsanträge der BAP und der offenen Linken mit unseren Stimmen abgelehnt wurden. So viel dazu.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seidel, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie jedes Jahr erhebt sich für mich die Frage, welchen Schwerpunkt setzt die ÖDP für die Haushaltsrede. Letztes Jahr wählte ich „Wo Seidel drunter steht, ist auch Seidel drin“. Das trifft natürlich auch heuer wieder zu – und unbestreitbar stand und steht auch in diesem Jahr unter jedem entscheidenden Thema und jedem Schwerpunkt zu Recht - **Carda Seidel**.

Ich denke, dieses Jahr kann getrost unter den Begriff „Spannung“ gestellt werden – Spannung in vielfacher Hinsicht. Die an einer bestimmten Stelle wirkenden Spannungen bilden zusammengenommen den Spannungstensor. Dabei treten Spannungen ganz unterschiedlich auf - je nach Richtung die *Zugspannung* mit positivem Vorzeichen oder die *Druckspannung* mit negativem Vorzeichen. Beide Arten sind uns in diesem Stadtrat nicht fremd.

Da war zunächst die positive Spannung vor der OB-Wahl – ein Großaufgebot von Kandidaten wie noch nie in unserer Stadt. In welcher Stadt unserer Größe kann man schon unter 7 wählbaren Persönlichkeiten auswählen?!

Medial groß aufgezo-gen wurde zuerst die spannende Frage „wer kommt in die Stichwahl?“ Doch dann war die Spannung ziemlich schnell raus; denn ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung sah das Endergebnis wohl voraus und ging ein zweites Mal gar nicht mehr zur Wahl.

In letzter Zeit jedoch scheint sich eine ziemlich große Spannung bei den damals unterlegenen OB- Kandidaten entwickelt zu haben. Hintenrum die fehlenden Wählerstimmen mit dem Wunsch nach mehr Kompetenzen kompensieren zu wollen (um mit Frau Schürmeyer zu sprechen) lässt tatsächlich die Vier offene Briefe schreiben und in öffentlich praktizierten Machtspielen unberechtigte Forderungen erheben. Doch ich sage Ihnen, diese negative Druckspannung verbraucht nur Energie und Zeit und ist einer fruchtbaren Zusammenarbeit nicht hilfreich. Hoffen wir, dass das nächste Jahr hier erfreulichere Ergebnisse zeitigt und die unnötige Spannung nachlässt.

Immer spannend war und ist die Situation unseres Klinikums. Welche Summen in Millionenhöhe kommen in diesem und den nächsten Jahren auf uns zu? Welche Überraschungen hält Herr Dr. Goepfert als Vorstand noch bereit? Da sind ja nun die hohen Defizite von Anregiomed. Müssen neben den bekannten 14,5 Mio. € für die Jahre 2014 bis 2018 auch noch die Investitionen für die Baumaßnahmen am Klinikum in zweistelliger Millionenhöhe von der Stadt finanziert werden? Es ist eigentlich nicht einzusehen, dass bei diesen enormen Summen nach wie vor keine Transparenz gewährleistet wird. Zahlen müssen wir zwar, wir erhalten aber vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Landrat Dr. Ludwig und von Herrn Dr. Goepfert keine erschöpfenden Auskünfte.

In diesem Zusammenhang war es überaus verständlich und bezeichnend wie unser neuer Stadtrat Jochen Sauerhöfer erschrak, als er des Gebahrens von Dr. Goepfert gewahr wurde. So kann und darf es nicht weiter gehen! Meiner Meinung nach rächt sich jetzt, dass in den früheren Verhandlungen trotz einstimmiger Stadtratsbeschlüsse nicht alle unsere Verwaltungsräte so vehement **wie Sie, Frau Seidel und Herr Stephan** für unsere Ansbacher Belange gekämpft haben.

Erlauben Sie mir nun zu einzelnen Anträgen Stellung zu nehmen.

Zunächst eine allgemeine Bemerkung: Großes Lob gebührt aus unserer Sicht der Offenen Linken – nicht für die Anträge an sich, aber für die äußerst übersichtlichen Begründungen. Zu allen 25 Anträgen kamen dezidierte Erläuterungen - ganz im Gegensatz zu den freien Wählern, wo es z.B. bei einem ihrer drei Anträge hieß:

„Zuschuss Alzheimergesellschaft 3.000 € zusätzlich zum bewilligten Förderbetrag, Deckung durch Rücklagenentnahme oder...?“ Tja, was sagt uns dieses „oder Punkt, Punkt, Punkt, Fragezeichen?“ Ich meine, Nichts!

Nicht einfach vom Tisch zu fegen ist der Vorsatz, den die CSU getroffen hatte – hohe Einsparungen, keine Neuverschuldung. Einsparen zu wollen ist in unserer prekären Finanzsituation an sich nicht falsch. Deshalb konnten wir dem CSU-Vorschlag zustimmen, die Kosten für den Sprungturm zu kürzen - auch in vollem Bewusstsein, dass der Turm nur einer sehr kleinen Gruppe mutiger Menschen vorbehalten ist. Jedoch – wie von der CSU gewünscht - noch um weitere 852.000 € zu kürzen – unter anderem sogar 70.000 € beim bereits beschnittenen ÖPNV!!! - halten wir bei einem gegenüber 2014 bereits um 4 Millionen gekürzten Verwaltungsansatz für kontraproduktiv. Da geht der notwendige Spielraum verloren!

Eher vom Tisch zu fegen bzw. mit ungläubigem Staunen wahrzunehmen war der Antrag der SPD, unser Rathaus und Schrammhaus für 1 Million Euro zu verkaufen. Manch einer hat sich vielleicht die spannende Frage gestellt: Wie heißt der Mensch, der bereit ist für diese stark denkmalgeschützten Häuser eine Million auf den Tisch zu legen. Doch bei näherer Überlegung verliert sich die Spannung schnell. Wir wissen doch alle, dass die SPD diesen irrationalen Preis als Verfügungsmasse für ihre angedachten Wohltaten brauchte. Nur frage ich mich: wie kann man einer Fata Morgana glaubwürdig Investitionen in Höhe von 321.000€ gegenüberstellen.

Was im Spannungsfeld Rathaus unbedingt erwähnt werden muss, ist die Tatsache dass die SPD einerseits das identitätsstiftende Ensemble Schramm- und Rathaus verkaufen wollte und gleichzeitig diejenigen mit Schimpf und Schande überzog, die aus gutem Grund dem Vorschlag der Verwaltung zustimmten, die alte und marode Weinbergschule zu verkaufen.

Aus gutem Grund zu verkaufen, weil

▶ das alte – weitgehend leerstehende Schulgebäude - mit seinen 13 Räumen stark renovierungsbedürftig ist und eine Nutzung sowohl für Daueraufenthalt als auch für Unterrichtsräume unmöglich erscheint.

▶ die marode Bausubstanz die Ursache dafür ist, dass die spezifischen Aufwendungen für Energie und Bauunterhalt in der Weinbergschule mehr als das Doppelte anderer vergleichbarer Schulen betragen (125.000 € waren es in den letzten 3 Jahren!). Aufgrund des eben erst erfolgten Schulneubaues der Weinbergschule(!) können die Kosten für die Instandsetzung und energetische Sanierung des alten Gebäudes sehr gut ermittelt werden. Es sind deutlich über 3 Mio €

▶ die Schülerzahlen für die Weinbergschule in den nächsten Jahren aufgrund der demographischen Entwicklung ziemlich konstant bleiben werden und deshalb ein Mehrbedarf über die bisher genutzten Räume hinaus auch in Zukunft nicht bestehen wird.

▶ eine Förderung des Schulumbaues nicht möglich sein wird, da hier als Voraussetzung der Bedarf an Klassenräumen nachzuweisen wäre. Nach Auskunft des Bau- und Schulamtes der Stadt kann dies nicht gelingen. Die Folge wäre: Die Stadt müsste den Neubau gänzlich aus eigener Tasche bezahlen.

▶ die angrenzende Pestalozzischule, deren Betreiber die Diakonie ist, einen dringenden Erweiterungsbedarf hat und das alte Schulgebäude der Weinbergschule gerne für eine Schulerweiterung nutzen und auch entsprechend umbauen möchte. Das Gebäude würde also weiterhin eine Schule bleiben und auch nicht an einen kommerziellen Investor verkauft werden.

▶ die Stadt **nach einem selbstverständlich vorher ausgearbeiteten und beiderseits abgeschlossenen Vertrag** in gegenseitigem Einvernehmen auch langfristig 4 bis 5 Räume gegen einen moderaten Betrag zurück mieten könnte. Dies ermöglicht es der Diakonie, den Umbau finanziell zu stemmen und diesen sogar mit Hilfe einer Förderung ihrerseits umzusetzen. Dadurch ergibt sich eine klassische Win-Win-Situation.

Und eines sollte Ihnen allen klar sein: Wenn wir mit hohem finanziellen Aufwand das alte Gebäude sanieren, müssen wir andere Standorte schließen.

Schalkhausen und Hennenbach wären dabei besonders betroffen.

Wenn wir andererseits die Situation so belassen wie bisher, müssten wir Weinbergschüler an andere Schulen wegschicken, weil in eben diesen Räumen nicht mehr unterrichtet werden darf.

Beide „Lösungen“ im schlechten Sinne bedeuten, dass diese Grundschüler dann über lange Strecken mit dem Bus fahren müssten – entweder von außen nach innen oder umgekehrt.

Wir alle wollen aber nicht, dass unsere Schulstandorte zur Disposition gestellt werden. Ich sage nur: Kurze Beine - kurze Wege. Herr Porzner, haben Sie diese wesentlichen Punkte den Menschen vor Ihrer angezettelten Unterschriftenaktion mitgeteilt? Ich glaube kaum, obwohl Sie genau wissen, dass wir auf absehbare Zeit mit sehr knappen Haushaltsmitteln zu kämpfen haben.

Es ist schon sehr eigenartig: nur die Freien Wähler hatten mit ihrem Antrag bei Posten 131.20 gegen den „Verkauf ehemalige Weinbergschule“ plädiert. Doch unter dem Druck der Schulleiterin, Frau Schubert, die die Oberbürgermeisterin und uns Stadträte in ihrem Brief fast beleidigend mit folgendem Spruch begrüßte:

„Sie haben (die Franken) zu allem eine Meinung, die wird kurz und knackig abgefeuert, ob es stimmt oder nicht. Hauptsache einfach.“

entstand bei SPD, Grüne und die Linke der Zwang zum Populismus. Der zusätzliche „Aufschrei“ einzelner Eltern löste bei ihnen und vor allem bei Martin Porzner - der anscheinend noch immer nicht seine Bedeutung als 2. Bürgermeister erkannt hat - plötzlich das Bedürfnis aus, als „Speerspitze der Heilsarmee“ auftreten zu müssen. Mit Desinformationen darf man nicht Politik machen !

Kommen wir besser zum nächsten Objekt.

Die knappen Haushaltsmittel verwehren uns auch, das Rettipalais zu sanieren und einer öffentlichen bzw. künstlerischen Verwendung zuzuführen. Leider! Die damalige Idee von OB Felber, das Palais für die Stadt zu kaufen ohne eine Lösung für die weitere Verwendung parat zu haben, bewirkte, dass das als so wertvoll erachtete Objekt stattdessen zum Klotz am Bein mutierte. Das von den Grünen angedachte Entwicklungskonzept für das Rettipalais ist sicher eine schöne Idee, die aber trotz aller respektablen Visionen zum Scheitern verurteilt ist. Es wäre sicher gut, wenn der Plan der BAP aufginge. Wir sehen hier zwar auch noch keinen Käufer, allerdings sind die angedachten 280.000 € nicht annähernd so unrealistisch wie die von der SPD in den Raum gestellte 1 Million für Schramm- und Rathaus. Zumindest sollte nach einer hoffentlich positiven Machbarkeitsstudie durch Herrn Büschl der Wunsch auf eine positive Lösung nicht unmöglich sein.

Im Theater wünschen sich die Dramaturgen die höchste Spannung kurz vor Schluss – allerdings meistens mit dem Ergebnis, dass es letztendlich für den Besucher gut ausgeht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und SPD, ich bitte Sie trotz aller heutigen Äußerungen dem Haushalt 2015 zuzustimmen. Nach dem bisherigen Verlauf scheint es in einer viertel Stunde sehr spannend für den Haushalt unserer Stadt zu werden. Bitte bedenken Sie, dass wir bei einer Ablehnung des Haushalts nicht mehr Herr unserer Finanzen wären und uns für alle geldlichen Entscheidungen die Genehmigung der Regierung von Mittelfranken einholen müssten.

Trotz alledem befürchte ich, dass sich die negative Druckspannung der Ablehnung durchsetzt.

Doch - meine Kolleginnen und Kollegen, wir wären keine echten Ansbacher, wenn wir nicht in der Lage wären bei gutem Willen aus negativem Druck positiven Zug machen zu können. Frau Seidel und Herr Schwarzbeck, trotz all Ihrer Enttäuschung oder auch Ihrer Verärgerung bin ich überzeugt, dass wir es bei einer etwaigen Ablehnung dennoch schaffen können, durch Nachverhandlungen zeitnah noch zu einem tragfähigen Konsens zu kommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.